

Studien zum
Handels-, Arbeits- und Wirtschaftsrecht

166

Friedrich Georg Schulenburg

Der Schutz der Minderheit im
Schuldverschreibungsrecht in
vergleichender Betrachtung mit dem Aktienrecht



Nomos

Studien zum
Handels-, Arbeits- und Wirtschaftsrecht

Herausgegeben von

Prof. Dr. Barbara Dauner-Lieb

Prof. Dr. Dr. Dr. h.c. mult. Klaus J. Hopt

Prof. Dr. Dres. h.c. Harm Peter Westermann

Band 166

Friedrich Georg Schulenburg

Der Schutz der Minderheit im
Schuld-verschreibungsrecht in
vergleichender Betrachtung mit dem Aktienrecht



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Hamburg, Univ., Diss., 2016

ISBN 978-3-8487-3995-0 (Print)

ISBN 978-3-8452-8280-0 (ePDF)

D 18

1. Auflage 2017

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2017. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

*Für Eva,
Jakob und Arthur*

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im November 2016 von der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg als Dissertation angenommen. Rechtsprechung und Literatur sind auf dem Stand von Dezember 2016.

Besonderer Dank gebührt meinem Doktorvater Prof. Dr. Dr. Dr. h.c. mult. Klaus J. Hopt für die engagierte Betreuung und die überaus rasche Begutachtung der Arbeit. Zudem danke ich Herrn Prof. Dr. Peter Manowski für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens.

Herrn Prof. Dr. Dr. Dr. h.c. mult. Klaus J. Hopt, Frau Prof. Dr. Barbara Dauner-Lieb und Herrn Prof. Dr. Dres. h.c. Harm Peter Westermann als den Herausgebern der Studien zum Handels-, Arbeits- und Wirtschaftsrecht möchte ich außerdem für die Aufnahme der Untersuchung in diese Reihe danken.

Daniel Grätsch und Dr. Daniel Misch bin ich dankbar für viele konstruktive Anmerkungen. Dr. Wiebke Carstensen, Sarah Groh und meiner Schwester Sophie Schulenburg danke ich herzlich für ihre wertvollen Hinweise bei der Endredaktion der Arbeit.

Meiner Mutter Barbara Schulenburg und meinem Vater Dr. Michael Schulenburg, der die Fertigstellung dieser Arbeit leider nicht mehr erleben konnte, danke ich von Herzen für ihre vorbehaltlose Unterstützung und Förderung in jeder Phase meiner Ausbildung.

Vor allem aber danke ich meiner Frau Eva Schulenburg für ihre Geduld, ihr Verständnis und ihren liebevollen Beistand. Sie und unsere beiden Kinder haben häufig auf mich verzichten müssen und mich doch stets unterstützt und immer wieder aufs Neue motiviert. Ihnen widme ich diese Arbeit.

Düsseldorf, im Februar 2017
Friedrich Schulenburg

Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis	29
I. Teil: Einleitung und Grundlagen	33
A. Einleitung	33
I. Gegenstand der Untersuchung	33
II. Gang der Untersuchung	37
B. Der Begriff der Schuldverschreibung	38
I. Die rechtliche Definition der Schuldverschreibung	39
II. Die Funktion der Schuldverschreibung als Teil einer Anleihe und die Voraussetzungen der Kapitalmarktfähigkeit	40
III. Die wesentlichen Erscheinungsformen der Schuldverschreibung im Überblick	45
C. Die Abgrenzung der Schuldverschreibung von der Aktie	58
I. Das Verhältnis zum Emittenten	59
II. Das jeweilige Verhältnis der Aktionäre und der Anleihegläubiger untereinander	63
D. Die Grundzüge der gemeinsamen Organisation der Anleihegläubiger nach dem Schuldverschreibungsgesetz	65
I. Die Kollektivhandlungsprobleme und das Kollektivrepräsentationsproblem der Gläubiger einer Anleihe	65
II. Die Lösungen des Schuldverschreibungsgesetzes im Überblick	71
E. Die parallelen Regelungsprobleme des Minderheitenschutzes im Schuldverschreibungs- und im Aktienrecht und Lösungstechniken im Überblick	87
I. Die Regelungsprobleme des Minderheitenschutzes im Schuldverschreibungs- und im Aktienrecht	88
II. Rechtstechniken zur Überwindung der Minderheitenschutzprobleme	90

Inhaltsübersicht

2. Teil: Vergleichende Betrachtung der Schutzkonzepte des Aktien- und des Schuldverschreibungsgesetzes im Bereich des Minderheitenschutzes	105
A. Die Entscheidungsrechte der Minderheit	107
I. Die Entscheidungsbefugnisse betreffend die Initiierung und die Bestimmung des Gegenstands der gemeinsamen Beschlussfassung	107
II. Die Mitentscheidungsrechte der Minderheit bei der gemeinsamen Beschlussfassung	153
III. Die Entscheidungsbefugnis zur Geltendmachung von Organhaftungsansprüchen	170
B. Minderheitenschutz durch Information	172
I. Information im Vorfeld der gemeinsamen Beschlussfassung	173
II. Das Auskunftsrecht in der Versammlung	207
III. Information über das Verfahren und das Ergebnis der gemeinsamen Beschlussfassung	224
C. Minderheitenschutz durch die Gewährleistung geringer Teilnahmekosten	247
I. Die Möglichkeiten der Wahrnehmung versammlungsgebundener Rechte trotz Abwesenheit vom Versammlungsort	247
II. Die Vorgaben betreffend die Bestimmung des Versammlungsorts	267
D. Materielle Bindungen der Mehrheitsmacht	271
I. Das Nachschussverbot	271
II. Das Gleichbehandlungsgebot	273
III. Die Rücksichtnahmepflicht	284
IV. Das Sittengebot	310
E. Rechtsschutz gegen rechtswidrige Beschlüsse der Mehrheit	313
I. Die Rechtslage im Aktienrecht	313
II. Die Rechtslage im Schuldverschreibungsrecht im Vergleich	349

3. Teil: Ergebnisse und Thesen	403
Literaturverzeichnis	409

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	29
1. Teil: Einleitung und Grundlagen	33
A. Einleitung	33
I. Gegenstand der Untersuchung	33
II. Gang der Untersuchung	37
B. Der Begriff der Schuldverschreibung	38
I. Die rechtliche Definition der Schuldverschreibung	39
II. Die Funktion der Schuldverschreibung als Teil einer Anleihe und die Voraussetzungen der Kapitalmarktfähigkeit	40
1. Die Umlauffähigkeit	41
a) Formen der Verbriefung und Auswirkungen auf die Umlauffähigkeit	42
b) Einbeziehung der Schuldverschreibung in das Wertpapiergiro nach dem Depotgesetz und Auswirkungen auf die Umlauffähigkeit	44
2. Die massenhafte inhaltsgleiche Ausgestaltung der Schuldverschreibungen einer Anleihe	45
III. Die wesentlichen Erscheinungsformen der Schuldverschreibung im Überblick	45
1. Die klassische Anleihe	46
a) Zins	46
b) Laufzeit	49
c) Rückzahlungsmodalitäten	49
2. Wandel- und Gewinnschuldverschreibungen i.S.d. § 221 Abs. 1 AktG	50
a) Wandelschuldverschreibungen	50
b) Gewinnschuldverschreibungen	51
3. Genussscheine i.S.d. § 221 Abs. 3 AktG	52
4. Verbriefte Derivate	53
5. Asset Backed Securities	55
6. Pfandbriefe	56

7. Staatsanleihen	57
C. Die Abgrenzung der Schuldverschreibung von der Aktie	58
I. Das Verhältnis zum Emittenten	59
1. Vergleichende Betrachtung der klassischen Anleihe und der Stammaktie	59
a) Vergütung der Überlassung des Kapitals	60
b) Rückzahlung des Kapitals	60
c) Informations- und Kontrollrechte	61
2. Die Grenzen der Annäherung von Schuldverschreibung und Aktie	62
II. Das jeweilige Verhältnis der Aktionäre und der Anleihegläubiger untereinander	63
D. Die Grundzüge der gemeinsamen Organisation der Anleihegläubiger nach dem Schuldverschreibungsgesetz	65
I. Die Kollektivhandlungsprobleme und das Kollektivrepräsentationsproblem der Gläubiger einer Anleihe	65
1. Die Kollektivhandlungsprobleme und das Kollektivrepräsentationsproblem bei der Änderung der Anleihebedingungen	65
2. Die Kollektivhandlungsprobleme bei der Kontrolle des Schuldners	70
II. Die Lösungen des Schuldverschreibungsgesetzes im Überblick	71
1. Der Anwendungsbereich des Schuldverschreibungsgesetzes	72
a) Der sachlicher Anwendungsbereich	72
b) Der örtliche Anwendungsbereich	76
c) Der zeitliche Anwendungsbereich	77
2. Mehrheitsbeschlüsse der Gläubiger einer Anleihe	78
a) Beitrag zur Überwindung der Kollektivhandlungsprobleme	78
b) Die Regelungen des Schuldverschreibungsgesetzes im Überblick	79
aa) Die Änderung der Anleihebedingungen	81
bb) Die Bestellung eines gemeinsamen Vertreters	82
cc) Weitere Beschlussgegenstände	82

3. Der gemeinsame Vertreter der Gläubiger	83
a) Beitrag zur Überwindung der Kollektivhandlungsprobleme und des Kollektivrepräsentationsproblems	83
b) Die Regelungen des Schuldverschreibungsgesetzes im Überblick	84
E. Die parallelen Regelungsprobleme des Minderheitenschutzes im Schuldverschreibungs- und im Aktienrecht und Lösungstechniken im Überblick	87
I. Die Regelungsprobleme des Minderheitenschutzes im Schuldverschreibungs- und im Aktienrecht	88
1. Die Regelungsprobleme des Minderheitenschutzes im Schuldverschreibungsrecht	88
2. Die parallele Problemstellung im Aktienrecht	89
II. Rechtstechniken zur Überwindung der Minderheitenschutzprobleme	90
1. Maßnahmen zur Überwindung der rationalen Apathie	90
2. Maßnahmen zur Bewältigung der Gefahr des Machtmissbrauchs	92
a) Die Erfassung des Verhältnisses zwischen der Minderheit und der Mehrheit als Prinzipal-Agenten- Verhältnis	92
b) Rechtstechniken zur Bewältigung von Prinzipal- Agenten-Konflikten	93
aa) Die Entwicklung der Klassifizierung der Rechtstechniken auf der Grundlage der Konfliktlage im Gesellschafter-Manager- Verhältnis	93
bb) Übertragung der Klassifizierung auf die Konfliktlage im Verhältnis zwischen der Minderheit und der Mehrheit	96
(1) Begründung und Beendigung der Aktionärs- bzw. Gläubigerstellung	98
(2) Entscheidungsrechte	98
(3) Information der Minderheit	100
(4) Ermessensschränken	100
(5) Annäherung der Interessen von Mehrheit und Minderheit	102

2. Teil: Vergleichende Betrachtung der Schutzkonzepte des Aktien- und des Schuldverschreibungsgesetzes im Bereich des Minderheitenschutzes	105
A. Die Entscheidungsrechte der Minderheit	107
I. Die Entscheidungsbefugnisse betreffend die Initiierung und die Bestimmung des Gegenstands der gemeinsamen Beschlussfassung	107
1. Die Einberufung der Versammlung	108
a) Das Einberufungsverlangen	108
aa) Die aktienrechtlichen Regelungen	108
bb) Die Regelungen des Schuldverschreibungsrechts im Vergleich	110
(1) Die Ausgestaltung des Einberufungsverlangens als Recht der Minderheit	112
(2) Die Anforderung des besonderen Interesses an der Einberufung einer Versammlung	113
(a) Auslegung des Merkmals des besonderen Interesses in § 9 Abs. 1 S. 2 SchVG	114
(b) Bewertung im Verhältnis zum Aktienrecht	115
(3) Der Begriff der ausstehenden Schuldverschreibungen als Bezugsgröße für die Berechnung des Quorums	116
(a) Auslegung des Begriffs der ausstehenden Schuldverschreibungen in § 9 Abs. 1 S. 2 SchVG	117
(b) Bewertung im Verhältnis zum Aktienrecht	119
(4) Kein Vorbesitzerfordernis im Schuldverschreibungsrecht	121
(5) Erhalt des Quorums über den Zeitpunkt des Zugangs des Verlangens hinaus?	122
(6) Die Schranken des Einberufungsverlangens	123
b) Die gerichtliche Durchsetzung des Einberufungsverlangens	124
aa) Die aktienrechtlichen Regelungen	124

bb) Die Regelungen des Schuldverschreibungsrechts im Vergleich	126
c) Zusammenfassung	130
2. Die Ergänzung der Tagesordnung	132
a) Das Ergänzungsverlangen	132
aa) Die aktienrechtlichen Regelungen	132
bb) Die Regelungen des Schuldverschreibungsrechts im Vergleich	134
(1) Die Anknüpfung des Ergänzungsverlangens im Aktienrecht an einen anteiligen Betrag am Grundkapital in Höhe von 500.000 Euro	136
(2) Keine Anforderung des besonderen Interesses im Schuldverschreibungsrecht	137
(3) Kein Begründungserfordernis im Schuldverschreibungsrecht	138
(4) Form und Frist des Ergänzungsverlangens	139
(5) Die Schranken des Ergänzungsverlangens	140
b) Die gerichtliche Durchsetzung des Ergänzungsverlangens	141
c) Zusammenfassung	142
3. Die Ankündigung von Gegenanträgen	144
a) Die aktienrechtlichen Regelungen	144
b) Die Regelungen des Schuldverschreibungsrechts im Vergleich	147
aa) Die Voraussetzungen der Publizitätspflicht	147
bb) Der Inhalt der Publizitätspflicht	149
cc) Die Ausnahmen von der Publizitätspflicht	150
c) Zusammenfassung	151
II. Die Mitentscheidungsrechte der Minderheit bei der gemeinsamen Beschlussfassung	153
1. Anforderungen an die Beschlussfähigkeit	153
a) Die Rechtslage im Aktienrecht	153
b) Die Rechtslage im Schuldverschreibungsrecht im Vergleich	154
2. Qualifizierte Mehrheitserfordernisse	156
a) Die Rechtslage im Aktienrecht	156
aa) Mehrheitserfordernisse bei der Beschlussfassung in Grundlagenangelegenheiten	158

bb) Mehrheitserfordernisse bei der Beschlussfassung über die Ausübung von Steuerungs- und Kontrollbefugnissen	159
cc) Mehrheitserfordernisse bei der Beschlussfassung in sonstigen Angelegenheiten	160
b) Die Rechtslage im Schuldverschreibungsrecht im Vergleich	161
aa) Mehrheitserfordernisse bei der Zustimmung zu Änderungen der Anleihebedingungen	162
bb) Mehrheitserfordernisse bei der Beschlussfassung über die Ausübung von Steuerungs- und Kontrollbefugnissen gegenüber dem gemeinsamen Vertreter	164
c) Zusammenfassung	168
III. Die Entscheidungsbefugnis zur Geltendmachung von Organhaftungsansprüchen	170
1. Das Klagezulassungsverfahren im Aktienrecht	170
2. Die Rechtslage im Schuldverschreibungsrecht im Vergleich	171
B. Minderheitenschutz durch Information	172
I. Information im Vorfeld der gemeinsamen Beschlussfassung	173
1. Anforderungen an den Inhalt, den Zeitpunkt und die Art und Weise der Einberufung der Versammlung	173
a) Allgemeine Anforderungen an den Inhalt der Einberufung	174
aa) Die Regelungen des Aktienrechts	174
bb) Die Regelungen des Schuldverschreibungsrechts im Vergleich	175
b) Anforderungen an den Zeitpunkt der Einberufung	180
aa) Die Regelungen des Aktienrechts	180
bb) Die Regelungen des Schuldverschreibungsrechts im Vergleich	181
c) Anforderungen an die Art und Weise der Einberufung der Versammlung	184
aa) Die Regelungen des Aktienrechts	184
bb) Die Regelungen des Schuldverschreibungsrechts im Vergleich	185

d) Zusammenfassung	186
2. Ergänzende Informationspflichten	187
a) Die Regelungen des Aktienrechts	187
aa) Ergänzende Informationspflichten des Vorstands bzw. der Gesellschaft	188
(1) Zugänglichmachen von Jahresabschluss, Lagebericht und Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns	188
(2) Zugänglichmachen von besonderen Dokumenten und Berichterstattung des Vorstands im Vorfeld grundlegender Strukturmaßnahmen	189
bb) Ergänzende Informationspflichten des Aufsichtsrats	192
(1) Der Bericht des Aufsichtsrats gemäß § 171 Abs. 2 AktG	192
(2) Weitere Berichtspflichten des Aufsichtsrats	194
b) Die Regelungen des Schuldverschreibungsrechts im Vergleich	194
aa) Ergänzende Information der Anleihegläubiger durch den Schuldner	195
(1) Keine besonderen Informationspflichten des Schuldners im Vorfeld der gemeinsamen Beschlussfassung	195
(2) Die Schwächen der mittelbaren Information der Anleihegläubiger durch den gemeinsamen Vertreter	196
(3) De lege ferenda: Regelung einer Berichtspflicht des Schuldners im Vorfeld der Beschlussfassung über eine wesentliche Änderung der Anleihebedingungen	198
bb) Ergänzende Information der Anleihegläubiger durch den gemeinsamen Vertreter	199
(1) Die Pflicht zur Offenlegung maßgeblicher Umstände in der Person des gemeinsamen Vertreters	199
(2) Die Berichtspflicht des gemeinsamen Vertreters	202
c) Zusammenfassung	204

II. Das Auskunftsrecht in der Versammlung	207
1. Die Regelungen des Aktienrechts	208
a) Voraussetzungen	208
b) Auskunftserteilung und -verweigerung durch den Vorstand	210
c) Die zeitliche Beschränkung des Frage- und des Rederechts	212
d) Die gerichtliche Durchsetzung des Auskunftsrechts	213
2. Die Regelungen des Schuldverschreibungsrechts im Vergleich	214
a) Voraussetzungen	215
b) Auskunftserteilung und -verweigerung durch den Schuldner	217
c) Die zeitliche Beschränkung des Frage- und des Rederechts	219
d) Die gerichtliche Durchsetzung des Auskunftsrechts	221
3. Zusammenfassung	222
III. Information über das Verfahren und das Ergebnis der gemeinsamen Beschlussfassung	224
1. Das Teilnehmerverzeichnis	225
a) Die Regelungen des Aktienrechts	225
b) Die Regelungen des Schuldverschreibungsrechts im Vergleich	227
aa) Parallele Anforderungen	227
bb) Abweichungen	228
(1) Keine besonderen Vorgaben zum Inhalt des Teilnehmerverzeichnisses bei verdeckter Stellvertretung und im Falle der Legitimationszession	228
(2) Abweichende Vorgaben im Hinblick auf die Form des Teilnehmerverzeichnisses	229
(3) Keine Pflicht zur Information der Versammlungsteilnehmer	230
(4) Keine Vorgaben zum zeitlichen Rahmen der Information aller Anleihegläubiger	232
2. Die Niederschrift über die gemeinsame Beschlussfassung	232
a) Die Regelungen des Aktienrechts	232

b)	Die Regelungen des Schuldverschreibungsrechts im Vergleich	234
aa)	Entsprechende Anwendung der Vorgaben des § 130 Abs. 2 S. 2 AktG	235
bb)	Gleichwertigkeit der Niederschrift bei einer Gläubigerversammlung im Ausland	236
cc)	Die eingeschränkte Publizität der Niederschrift nach § 16 Abs. 3 S. 4 SchVG	237
3.	Mitteilung, Bekanntmachung und Veröffentlichung der gemeinsamen Beschlüsse im Internet	238
a)	Die Regelungen des Aktienrechts	238
b)	Die Regelungen des Schuldverschreibungsrechts im Vergleich	240
4.	Zusammenfassung	243
C.	Minderheitenschutz durch die Gewährleistung geringer Teilnahmekosten	247
I.	Die Möglichkeiten der Wahrnehmung versamlungsgebundener Rechte trotz Abwesenheit vom Versammlungsort	247
1.	Die Regelungen des Aktienrechts	247
a)	Stimmrechtsausübung ohne Teilnahme	248
b)	Stimmrechtsausübung durch Dritte	248
aa)	Die Erteilung einer Stimmrechtsvollmacht	248
bb)	Die Ermächtigung eines Dritten zur Stimmrechtsausübung (sog. Legitimationsübertragung)	251
c)	Teilnahme ohne Anwesenheit	252
2.	Die Regelungen des Schuldverschreibungsrechts im Vergleich	253
a)	Stimmrechtsausübung ohne Teilnahme	253
b)	Stimmrechtsausübung durch Dritte	255
aa)	Die Erteilung einer Stimmrechtsvollmacht	255
(1)	Keine Regelungen zum Depotstimmrecht	256
(a)	Das Fehlen von Schutzvorkehrungen zugunsten der Anleihegläubiger	256
(b)	Zur Möglichkeit der verdeckten Stellvertretung	258

(2) Lediglich rudimentäre Regelung zum <i>proxy-voting</i>	259
(a) Weisungserfordernis beim <i>proxy-</i> <i>voting</i> ?	259
(b) Zur Möglichkeit der verdeckten Stellvertretung	260
bb) Ermächtigung eines Dritten zur Stimmrechtsausübung (sog. Legitimationsübertragung)	260
c) Teilnahme ohne Anwesenheit	261
3. Zusammenfassung	263
II. Die Vorgaben betreffend die Bestimmung des Versammlungsorts	267
1. Die Regelungen des Aktienrechts	267
2. Die Regelungen des Schuldverschreibungsrechts im Vergleich	268
D. Materielle Bindungen der Mehrheitsmacht	271
I. Das Nachschussverbot	271
1. Die Rechtslage im Aktienrecht	272
2. Die Rechtslage im Schuldverschreibungsrecht im Vergleich	272
II. Das Gleichbehandlungsgebot	273
1. Die Rechtslage im Aktienrecht	274
2. Die Rechtslage im Schuldverschreibungsrecht im Vergleich	276
a) Die Beschränkung des Gleichbehandlungsgebots auf die Beschlussfassung über die Änderung der Anleihebedingungen	277
b) Die absolute Geltung des Gleichbehandlungsgebots	278
c) Die Rechtsfolge der Nichtigkeit	280
d) Die Zustimmungsbefugnis der benachteiligten Anleihegläubiger	281
3. Zusammenfassung	282
III. Die Rücksichtnahmepflicht	284
1. Die Rechtslage im Aktienrecht	285
a) Die Grundlage der Treuepflichtbindung unter den Aktionären	285

b) Der Inhalt der Treuepflichtbindung unter den Aktionären	288
c) Die Rechtsfolgen der treupflichtwidrigen Stimmrechtsausübung	290
2. Die Rechtslage im Schuldverschreibungsrecht im Vergleich	291
a) Die Grundlage einer Rücksichtnahmepflicht unter den Anleihegläubigern	292
aa) Anhaltspunkte aufgrund der rechtlichen Qualifikation der nach dem Schuldverschreibungsgesetz organisierten Anleihegläubiger?	292
(1) Die Einordnung als Gesellschaft	292
(2) Die Einordnung als Bruchteilsgemeinschaft	296
(3) Zwischenfazit	298
bb) Begründung von Rücksichtnahmepflichten auf der Grundlage der durch das Schuldverschreibungsgesetz vermittelten Sonderrechtsverbindung	299
b) Die Vereinbarkeit einer Rücksichtnahmepflicht der Anleihegläubiger mit den Regelungen des Schuldverschreibungsgesetzes	302
c) Der Inhalt der Rücksichtnahmepflicht unter den Anleihegläubigern	305
d) Die Rechtsfolgen der pflichtwidrigen Stimmrechtsausübung	308
3. Zusammenfassung	309
IV. Das Sittengebot	310
1. Die Rechtslage im Aktienrecht	311
2. Die Rechtslage im Schuldverschreibungsrecht im Vergleich	312
E. Rechtsschutz gegen rechtswidrige Beschlüsse der Mehrheit	313
I. Die Rechtslage im Aktienrecht	313
1. Die Anfechtungs- und die Nichtigkeitsklage als spezielle Beschlussmängelklagen	313
a) Allgemeines	313
b) Die Anfechtungsklage	314
aa) Regelungszweck	314

bb) Die Regelungen im Einzelnen	315
(1) Anfechtungsgründe	315
(2) Anfechtungsbefugnis	320
(3) Weitere besondere Vorgaben	324
(4) Urteilswirkungen	326
(5) Bekanntmachungspflichten der Gesellschaft	327
c) Die Nichtigkeitsklage	329
aa) Regelungszweck	329
bb) Die Regelungen im Einzelnen	329
(1) Entsprechende Anwendung ausgewählter Vorschriften zur Anfechtungsklage	329
(2) Kein besonderer Nachweis des Feststellungsinteresses erforderlich	330
(3) Nichtigkeitsgründe und Heilung der Nichtigkeit	331
2. Das Freigabeverfahren zur Bekämpfung missbräuchlicher Beschlussmängelklagen	333
a) Das Problem missbräuchlicher Beschlussmängelklagen	333
b) Defizite des allgemeinen Missbrauchstatbestands bei der Bekämpfung missbräuchlicher Beschlussmängelklagen	334
c) Die Entwicklung des Freigabeverfahrens als weiteres Instrument zur Bekämpfung missbräuchlicher Beschlussmängelklagen	335
d) Die Regelungen im Einzelnen	336
aa) Anwendungsbereich	336
bb) Beschlussvoraussetzungen	337
cc) Besondere Verfahrensvorschriften	339
dd) Inhalt und Rechtswirkungen des Freigabebeschlusses	340
ee) Schadenersatzpflicht der Gesellschaft bei begründeter Klage	341
3. Anhaltende rechtspolitische Kritik am aktienrechtlichen Beschlussmängelrecht	341
4. Zusammenfassung	343

II. Die Rechtslage im Schuldverschreibungsrecht im Vergleich	349
1. Die gegenwärtige gesetzliche Konzeption im Vergleich mit den Vorgaben des Aktienrechts	350
a) Die Anfechtungsklage gemäß § 20 SchVG	351
aa) Anfechtungsgründe	351
bb) Anfechtungsbefugnis	354
(1) Die Anfechtungsbefugnis bei Teilnahme an der Abstimmung	356
(2) Die Anfechtungsbefugnis bei Nichtteilnahme an der Abstimmung	357
cc) Weitere besondere Vorgaben	359
(1) Anfechtungsfrist	359
(2) Klagegegner und zuständiges Gericht	359
(3) Entsprechende Anwendung von § 246 Abs. 3 S. 2 bis 6 AktG	361
dd) Urteilswirkungen	362
ee) Keine Bekanntmachungspflichten des Schuldners	364
b) Nichtige Gläubigerbeschlüsse und die gerichtliche Geltendmachung der Nichtigkeit	365
aa) Nichtigkeitsgründe im Schuldverschreibungsrecht	366
bb) Die Geltendmachung der Nichtigkeit eines Gläubigerbeschlusses im Wege der allgemeinen Feststellungsklage	369
c) Die Vollzugssperre und das Freigabeverfahren gemäß § 20 Abs. 3 S. 4 SchVG i.V.m. § 246a AktG	371
aa) Die Vollzugssperre und die Gefahr missbräuchlicher Anfechtungsklagen im Schuldverschreibungsrecht	372
bb) Die entsprechende Anwendung des aktienrechtlichen Freigabeverfahrens	372
(1) Anwendungsbereich	373
(2) Beschlussvoraussetzungen	374
(3) Besondere Verfahrensvorschriften	377
(4) Inhalt und Rechtswirkungen des Freigabebeschlusses	378

(5) Schadensersatzpflicht des Schuldners bei begründeter Anfechtungsklage	379
d) Zusammenfassung	379
2. Rechtspolitische Kritik und ein erster Reformvorschlag	386
a) Die Eckpunkte des Reformvorschlags des <i>Arbeitskreises</i>	387
aa) Ersetzung der Anfechtungsklage durch eine Klage auf Feststellung der Wertersatzpflicht des Schuldners	387
(1) Beschlussmangel als Voraussetzung der Ersatzpflicht	388
(2) Klagebefugnis und Bestimmung der Ersatzberechtigung	389
(3) Weitere besondere Vorgaben	389
(4) Inhalt und Rechtswirkungen des Feststellungsurteils	390
(5) Publikationspflichten des Schuldners	390
bb) Abschließende Aufzählung von Nichtigkeitsgründen und Regelung einer besonderen Nichtigkeitsklage	391
(1) Abschließende Aufzählung der Nichtigkeitsgründe	391
(2) Geltendmachung der Nichtigkeit ausschließlich im Wege der befristeten Nichtigkeitsklage	391
cc) Entfall der Vollzugssperre und des Freigabeverfahrens und Beschränkung der Zulässigkeit einer einstweiligen Verfügung	392
b) Stellungnahme	393
aa) Ersetzung der Anfechtungsklage durch eine Klage auf Feststellung der Wertersatzpflicht des Schuldners	393
(1) Eingeschränkte Präventionswirkung der Wertersatzklage	394
(2) Beschränkte Bekanntmachungspflichten des Schuldners	395
(3) Voraussichtliche Wertminderung der Schuldverschreibungen als anspruchsbegründender Inhaltsfehler	395

bb) Abschließende Aufzählung von Nichtigkeitsgründen und Regelung einer besonderen Nichtigkeitsklage	397
(1) Die Ausgestaltung der Nichtigkeitsgründe	397
(2) Die Regelung der Nichtigkeitsklage	398
cc) Entfall der Vollzugssperre und des Freigabeverfahrens sowie beschränkte Zulässigkeit einer einstweiligen Verfügung	399
3. Teil: Ergebnisse und Thesen	403
Literaturverzeichnis	409

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	andere Ansicht
aaO	am angegebenen Ort
ABl.	Amtsblatt der Europäischen Union
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
a.E.	am Ende
AG	Die Aktiengesellschaft
AktG	Aktiengesetz vom 6. September 1965 (BGBl. I, S. 1089), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. Dezember 2015 (BGBl. I, S. 2565).
Aktionärsrichtlinie	Richtlinie 2007/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Juli 2007 über die Ausübung bestimmter Rechte von Aktionären in börsennotierten Gesellschaften, ABl. 2007 L 184/17 ff.
Anh.	Anhang
ARUG	Gesetz zur Umsetzung der Aktionärsrichtlinie (ARUG) vom 30. Juli 2009, BGBl. I, S. 2479.
BayObLGZ	Entscheidungen des Bayerischen Obersten Landesgerichts in Zivilsachen
BB	Betriebs-Berater
Begr.	Begründer; Begründung
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 2002 (BGBl. I, S. 42, 2909; 2003 I, S. 738), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20. November 2015 (BGBl. I, S. 2018).
BGBl.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BKR	Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht
BR-Drs.	Bundesratsdrucksache
BSchuWG	Bundesschuldenwesengesetz vom 12. Juli 2006 (BGBl. I, S. 1466), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 13. September 2012 (BGBl. I, S. 1914).
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
bzw.	beziehungsweise
CFL	Corporate Finance Law
DAI	Deutsches Aktieninstitut
DB	Der Betrieb

Abkürzungsverzeichnis

DCGK	Deutscher Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 5. Mai 2015 mit Beschlüssen der Plenarsitzung vom 5. Mai 2015.
DepotG	Gesetz über die Verwahrung und Anschaffung von Wertpapieren (Depotgesetz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. Januar 1995 (BGBl. I, S. 34), zuletzt geändert durch Artikel 199 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I, S. 1474).
ders.	derselbe
d.h.	das heißt
dies.	dieselben
DStR	Deutsches Steuerrecht
EGAktG	Einführungsgesetz zum Aktiengesetz vom 6. September 1965 (BGBl. I, S. 1185), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 22. Dezember 2015 (BGBl. I, S. 2565).
E-SchVG	Reformentwurf eines neuen Schuldverschreibungsgesetzes des <i>Arbeitskreises Reform des Schuldverschreibungsrechts</i> , veröffentlicht in ZIP 2014, 845.
EU	Europäische Union
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
FamFG	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 17. Dezember 2008 (BGBl. I, S. 2586, 2587), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 20. November 2015 (BGBl. I, S. 2018).
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
ggf.	gegebenenfalls
Hs.	Halbsatz
i.E.	im Ergebnis
i.S.d.	im Sinne des
i.V.m.	in Verbindung mit
KG	Kammergericht; Kommanditgesellschaft
KonTraG	Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) vom 27. April 1998, BGBl. I, S. 786.
LG	Landgericht
lit.	littera, Buchstabe
mwN	mit weiteren Nachweisen
NaStraG	Gesetzes zur Namensaktie und zur Erleichterung der Stimmrechtsausübung (Namensaktiengesetz – NaStraG) vom 18. Januar 2001, BGBl. I, S. 123.
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
Nr.	Nummer
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht